Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die fünfgespaltene Korpuszeile 20, Reklamezeile 30 Pf.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,60 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 1,75 Mk und durch den Briefträger 1,74 Mk.

Vierteljährliche und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Kaiserl. Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 43. | Donnerstag, den 10 April 1919 | 58. Jahrgang.

Ein Putsch in Magdeburg.

Gefangennahme und Befreiung des Ministers Landsberg.

Ein ganz ungeheuerlicher Gewaltakt ist am Montag früh in Magdeburg verübt worden, welcher wie andere Sturmzeichen beweist, daß die in Bolschewismus ausmündende radikale Bewegung in Deutschland nicht nur an Breite, sondern auch an Aktivität zunimmt. Aus Rache wegen der Verhaftung des Unabhängigen Brandes und der beiden Vertreter des Proletariats Kegel und Felkel bemächtigten sich die Unabhängigen und Spartakisten durch Angehörige des Wachregiments des in Magdeburg weilenden Reichsjustizministers Landsberg und des Kommandierenden Generals des 4. Armeekorps v. Kleist, des Adjutanten Hauptmann Frhr. v. Schüchting und mehrerer anderer Offiziere, hielten sie als Geiseln gefangen und brachten sie nach der Festung Ravensberg. Minister Landsberg sollte dann nach Braunschweig gebracht werden. Das Auto, in dem er sich unter Bedeckung mehrerer Aufständischer auf der Fahrt nach Braunschweig befand, wurde in Helmstedt durch die Aufmerksamkeit und Entschlossenheit der Polizei angehalten. Die Aufständischen wurden entwaffnet.

Dienstag früh gegen 1/4 4 Uhr ist der Minister in Berlin eingetroffen, von wo er sich mit den übrigen Regierungsmitgliedern nach Weimar begab. Der Minister, der aus Magdeburg stammt und dort als Rechtsanwalt ansässig ist, war von Berlin nach Magdeburg gekommen, um zwischen den Unabhängigen und den Behörden wegen der Verhaftung des Unabhängigenführers Brandes zu vermitteln.

Auch General v. Kleist ist wieder freigelassen worden. Auf die Nachricht von der Verhaftung des Ministers und des Generals hatte Reichswehrminister Noske an den Arbeiter- und Soldatenrat in Magdeburg ein Telegramm gerichtet, in dem er mit stärkstem Nachdruck vor den Folgen des Vorgehens warnte und die unverzügliche Freilassung der Gefangenen forderte. Inzwischen war Minister Landsbergramm Noskes scheint den gewünschten Eindruck gemacht zu haben, denn nach längerer Beratung wurde General v. Kleist am Montag nachmittag in Freiheit gesetzt.

Die Reichsregierung

hat sich Montag abend in einer längeren Sitzung mit dem Magdeburger Putsch beschäftigt. Sie weiß, wie von zuständiger Stelle erklärt wird, daß sie völlig im Sinne Landsbergs handelt, wenn sie auf diese Erpressung nicht eingeht. Sie wird für diese unerhörte Freiheitsberaubung eines Kabinettsmitgliedes und Verletzung der Immunität eines Mitglieds der Nationalversammlung aufs energischste Rechenschaft fordern und hat bereits Schritte eingeleitet, um den unhaltbaren Zuständen in Magdeburg ein Ende zu machen. Der Vorfall zeigt, daß der Reichswehrminister Noske nur zu recht hatte, als er am Sonnabend auf diese in Magdeburg geplante Militärrevolte hinwies. Ueber Magdeburg ist der Belagerungszustand verhängt und eine ausreichende Truppenmasse ist in Bewegung gesetzt worden.

Magdeburg rüstet.

In der auf dem Werder gelegenen Zitadelle wurden Montag abend bis spät in die Nacht hinein mehrere Stunden lang fast durchweg neue Gewehre und Munition an Arbeiter und gewesene Soldaten wahllos verteilt. Dabei wurde von den Verteilern, Soldaten der Zitadellewache, bemerkt, daß weitere Munitionsverteilung Dienstag vormittag auf dem Domplatz vor sich gehen sollte. Es ist nicht unmöglich, daß es zwischen den Aufständischen und den erwarteten Regierungstruppen, falls diese anrücken, zu Zusammenstößen kommt. Ein sehr großer Teil der aktiven Soldaten ist zu den Aufständischen übergegangen.

Es gewinnt fast den Anschein, als ob die Verhaftung des Brandes und seiner Freunde lediglich das erwünschte Signal gewesen ist zu einem Vorstoß, den die Unabhängigen gegen die herrschende Regierung zu unternehmen versuchen. Jedenfalls ist bei aller Unklarheit der Lage die Absicht unverkennbar, durch Störung der öffentlichen Einrichtungen für diese Ziele zu wirken. Die Unabhängigen haben mit Erfolg versucht, den Straßenbahnverkehr vorübergehend lahm zu legen, ohne daß sich Polizei oder militärische Sicherheitsmannschaften ins Mittel legten. Die Erregung in der Stadt ist groß, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sich Unruhen ereignen. Die Regierungstruppen näherten sich am Dienstag der Stadt.

Eine Vertrauensmänner-Versammlung der Streikenden in Magdeburg hat am Dienstag die Proklamierung des Generalstreiks beschlossen wegen der noch nicht erfolgten Freilassung der verhafteten drei Parteifunktionäre.

Die Spaltung in Bayern.

Aus der Räterepublik.

Die Lage in München ist verwickelter und gefahrdrohender denn je. Die Proklamation der Räterepublik hat durchaus keine einfachen und klaren Tatsachen geschaffen. Die Einigung des Proletariats, auf die allein eine Diktatur sich stützen kann, ist ganz und gar nicht vorhanden. Der Landtag wird sofort nach Nürnberg einberufen. So lautet wenigstens eine Montag nachmittag im Zentralrat eingelaufene Nachricht.

Wie schlimm es mit der Einigung des Proletariats steht, geht aus der Haltung aller sozialistischen Parteien hervor. Die Kommunisten wenden sich mit den höhnischsten Glossen gegen diese „Schein-Räterepublik". Freilich machen bei der Räterepublik auch einige Kommunisten mit. Die Unabhängigen sind gespalten. Im Grunde ist nur die Münchener Gruppe, wie der Nürnberger Parteitag der Unabhängigen bewiesen hat, für die Räterepublik. Die mehrheitssozialistische Partei aber ist in Bayern völlig in Stücke gegangen. Südbayern mit München erklären sich, ohne die alten Führer, für die Räterepublik, ein großer Teil von Nordbayern mit Nürnberg aufs heftigste dagegen. Dort in Nürnberg sitzen nun die alten Führer der Mehrheitspartei zusammen und beraten, was zu tun sei. Diese Räterepublik ist vorläufig also ein Unding.

Abgeordnete aller bürgerlichen Parteien der drei fränkischen Regierungsbezirke haben untereinander Fühlung genommen und erheben einstimmig Protest gegen die Ausrufung Bayerns zu einer Räterepublik.

In München war Montag nachmittag die Stimmung des Publikums etwas erregter. Es ist der Belagerungszustand über München und den ganzen Bezirk des 1. bayerischen Armeekorps verhängt worden. Die Polizeistunde ist auf abends 10 Uhr, an Sonnabenden und Sonntagen auf abends 11 Uhr festgesetzt. Eine Stunde nach Eintritt der angegebenen Zeit hat alles in seiner Behausung zu sein. Wer gegen Mitglieder der Räterepublik etwas unternimmt, wer raubt, mordet oder plündert, wird sofort erschossen. Die Banken sind geschlossen, ebenso alle anderen Betriebe. Schon am Sonnabend fand ein Run auf die Banken statt, der seinesgleichen sucht. Bei verschiedenen Banken wurde die Auszahlung größerer Beträge abgelehnt. Der Run dürfte sich noch verstärken.

Die Lage in Nürnberg.

In Nürnberg, der Hochburg der Mehrheitssozialdemokratie in Bayern, herrschte am Montag Ruhe. Ein Versuch der Kommunisten, Montag mittag in den Kirchen zur Feier der Ausrufung der Räterepublik in Bayern die Glocken zu läuten, wurde durch Militärpatrouillen vereitelt. Anscheinend hat man seit langem mit der Uebersiedlung der Regierung nach Nürnberg gerechnet, denn die Stadt ist in Verteidigungszustand gesetzt worden. Da auf die Nürnberger Garnison kein Verlaß ist, wurden seit Wochen regierungstreue Truppen aus Würzburg, Erlangen und Bayreuth in der Stadt einquartiert. Die belegten Schulhäuser und Kasernen sind mit Stahlblenden verbarrikadiert. Auf der Burg und auf verschiedenen Kirchtürmen stehen Geschütze. Die Unabhängigen und Kommunisten befinden sich in Nürnberg in erheblicher Minderzahl, rechnen aber im Falle eines Umschwungs mit dem Uebertritt der Garnison, vor allem der Matrosen, die in der benachbarten Stadt ein umfangreiches Munitionsdepot in Händen haben. Durch Plakatanschlag wurde Dienstag früh die Verhängung des Kriegszustandes bekannt gegeben. Umzüge und Kundgebungen sind verboten. Zwischen 11 und 5 Uhr ist das Betreetn der Straße untersagt.

In der am Montag stattgefundenen Sitzung des Vollzugsausschusses der Bauernräte Mittelfrankens wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Bauernräte Mittelfrankens unterstützen das Ministerium Hoffmann mit allen zu Gebote stehenden Mitteln und lehnen die Räterepublik nach wie vor entschieden ab."

Die bayerische Regierung in Bamberg.

Einer Kundgebung der Regierung des Freistaates Bayern an die bayerische Beamtenschaft zufolge hat Ministerpräsident Hoffmann den Sitz der Regierung nach Bamberg verlegt. Diese Regierung ist die einzige Inhaberin der höchsten Gewalt Bayerns. Alle von anderer Seite ergehenden Anweisungen sind ungültig.

Das Reich gegen München.

Amtlich wird aus Berlin gemeldet:

„Nachdem in München die Räterepublik ausgerufen ist, die bisherige Regierung München verlassen hat und der Landtag wider Recht und Gesetz aufgelöst worden ist, ist das Verhältnis Bayerns zum Reich in ein neues Stadium getreten. Entsprechend der vorläufigen Verfassung dürfen im Staatenausschuß nur Regierungen vertreten sein, die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen sind und die das Vertrauen ihrer Volksvertretungen genießen. Beide Voraussetzungen treffen auf die Räteregierung München nicht zu. Sie kann also dem Staatenausschuß nicht angehören. Die Reichsregierung nimmt Kenntnis von der Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten Hoffmann, wonach die bisherige Regierung nicht zurückgetreten ist, sondern nur ihren Sitz von München weg verlegt hat. Sie betrachtet diese Regierung nach wie vor als den Ausdruck des Mehrheitswillens des bayerischen Volkes und ist mit ihr der Ansicht, daß sie die einzige Inhaberin der Höchstgewalt in Bayern und allein berechtigt ist, rechtswirksame Anordnungen zu erlassen und Befehle zu erteilen. Der weitere Verbleib ihres Vertreters im Staatenausschuß wird daher von der Seite der Reichsregierung als zu Recht bestehend anerkannt."

Die Streikbewegung.

Streikende in Berlin.

Wie aus gewerkschaftlichen Kreisen mitgeteilt wird, haben die linksstehenden Unabhängigen und die Spartakisten an den letzten drei Tagen ungeheure Anstrengungen gemacht, unter der Berliner Arbeiterschaft Stimmung für den Generalstreik zu machen, der Dienstag oder Mitte dieser Woche in Berlin einsetzen soll. Die Arbeiter, von denen man annimmt, daß sie für den Generalstreik empfänglich seien, sind besonders am Sonntag durch Hausagitation tüchtig bearbeitet worden. Aber gerade diese Anstrengungen sprächen nach Ansicht der „Berl. Pol. Nachr." dafür, daß für einen neuen Streik keine Stimmung vorhanden wäre.

Warnung vor dem Eisenbahnbeamtenstreik.

Die preußische Staatsregierung erläßt folgende Warnung:

„Es sind zurzeit unter den Eisenbahnbeamten Bestrebungen im Gange, zur Durchsetzung einseitiger Gehaltsforderungen gegebenenfalls auch in einen Streik einzutreten. Die Staatsregierung stimmt mit großen Beamtenverbänden in der Auffassung überein, daß der festen Anstellung der Beamten und der staatlichen Garantie ihrer besonderen Rechte ihre

Gebundenheit an den Dienstvertrag,

den sie einseitig nicht lösen können, entspricht. Auch das Koalitionsrecht rechtfertigt keinen Kontraktbruch. Jede nicht genehmigte Dienstverweigerung stellt sich daher als Dienstvergehen dar, das die gesetzlichen Folgen nach sich zieht.

Die Regierung würde der Volksgesamtheit gegenüber gewissenlos handeln, wenn sie den Beamten die Befugnis einräumen wollte, Staatsbetriebe wie die Eisenbahn stillzulegen und dadurch der Volksgesamtheit, deren Interesse der Beamte dienen soll, unendlichen Schaden zuzufügen.

Die Regierung müßte solchen Streik zu einer Zeit, in der das Vaterland noch fortgesetzt durch äußere Gefahren und durch den Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen schwer bedroht ist, geradezu als ein

Verbrechen am ganzen Volke

betrachten. Hungersnot und Stillstand der gesamten Wirtschaft würden die unausbleiblichen Folgen des Versagens der Verkehrsmittel sein und die Beamten würden dadurch — neben der Gefährdung ihrer Lebensstellung — für sich selbst, für ihre Frauen und Kinder und für alle Volksgenossen namenloses Elend heraufbeschwören. Die Regierung weiß, daß weitaus die Mehrzahl aller Beamten ihre Ansicht teilt. Diese können sich darauf verlassen, daß die Regierung auch alle ihr zu Gebote stehenden Machtmittel anwenden wird, um Dienstwillige vor dem Terror einzelner zu schützen."

Vor dem Bankbeamten-Generalstreik.

In Berlin sind Dienstag früh die Beamten der Bank für Handel und Industrie in den Ausstand getreten. Das Bankgebäude am Schinkelplatz liegt verlassen da. Die Direktion mit einem arbeitswilligen Beamtenstab von über 100 Personen hat in den Räumen der Diskonto-Gesellschaft, Unter den Linden, Unterkunft gefunden. Irgendwelche Verhandlungen zwischen der Direktion und der ausständigen Beamtenschaft finden noch nicht statt. Dagegen haben sich die Angestellten der Darmstädter Bank Dienstag vormittag im Lehrer-Vereinshaus versammelt, um sich über den Stand des Streiks unterrichten zu lassen. Aus dem Streik bei der Darmstädter Bank hat sich die Gefahr eines Generalstreiks aller Berliner Bankbeamten entwickelt. Der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten hat durch seine Vertrauensleute den Betriebsversammlungen, die Dienstag vormittag bei den verschiedenen Banken stattfanden, den Generalstreik der Bankbeamten infolge der Solidaritätserklärung der Arbeitgeber empfehlen lassen.

Der Streik im Ruhrrevier.

Die Zahl der streikenden Ruhrbergleute hat auch am Montag noch zugenommen. Es fehlten bei der Morgenschicht 156 645 gegen 144 883 Bergleute am Sonnabend. Am Sonnabend betrug in allen drei Schichten zusammen die Zahl der Ausständigen 267 301 gegen 200 274 am Freitag.

Die Essener Zentralstreikleitung hat die Zeitungen von Essen und Umgegend aufgefordert, keine anderen als die von der Streikleitung direkt oder von ihr durch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190410-16/fragment/page=0001

W.T.B. herausgegebenen Nachrichten über den Streik und die Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk zu veröffentlichen. Andernfalls soll ihnen die Stromzuführung unterbunden werden.

Die Streiklage in Mülheim hat sich außerordentlich verschärft, nachdem die Arbeiter der Firma Thyssen, der Friedrich-Wilhelmhütte und einer großen Reihe von Gerbereien in einen Sympathiestreik für die Bergarbeiter eingetreten sind. Die Gas- und Elektrizitätsversorgung hörte Montag nachmittag auf, so daß die Stadt ohne Licht ist; Theater und Kinos mußten geschlossen werden. Eine Vertreterversammlung sämtlicher (?) Arbeiterorganisationen beschloß, die Notstandsarbeiten nicht mehr auszuführen, und proklamierte den Generalstreik. Man fordert die sofortige Entlassung aller politischen Gefangenen und die Auflösung des Freikorps Schulz.

Die Lage in Stuttgart.

Nach einer Bekanntmachung der württembergischen Staatsregierung kann der Belagerungszustand noch nicht aufgehoben werden, da die Spartakisten die Arbeiterschaft in großen Betrieben, wie Bosch, Daimler u. a. an der Wiederaufnahme der Arbeit verhindert haben. Die Polizeistunde ist auf 9 Uhr abends festgesetzt.

Vor dem Vorfrieden.

Der vorläufige Friedensvertrag soll nach einer angeblichen Erklärung Lloyd Georges bis Ostern, nach anderer Version bis zum 25. April fertig sein, sodaß gegen Anfang Mai die deutschen Delegierten zur Unterzeichnung der Friedenspräliminarien eingeladen werden würden.

Im Verfassungsausschuß der Nationalversammlung wurde am Montag die Beratung des Abschnitts „Reichstag" fortgesetzt. Unter Ablehnung aller Anträge wurde Artikel 47 in der Fassung der Regierungsvorlage angenommen, wonach der Reichspräsident den Reichstag auflösen kann, jedoch nur einmal aus dem gleichen Anlaß. Die Neuwahlen finden spätestens am 60. Tage, der Zusammentritt spätestens am 90. Tage nach der Auflösung statt. Zu Artikel 48 wurde eine Aenderung der Regierungsvorlage dahin beschlossen, daß statt „Präsident" sowie „Vizepräsidenten", die der Reichstag wählt, die Bezeichnung „Obmann" und „Stellvertreter" gesetzt würde.

Der 2. Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands.

Berlin, 6. April. Der zweite Kongreß der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte Deutschlands nahm heute vormittag 9 Uhr im großen Sitzungssaale des ehemaligen Herrenhauses seinen Anfang. Im Auftrage des Zentralrates eröffnete der Präsident der preußischen Landesversammlung Leinert, den Kongreß mit dem Wunsche, daß es ihm beschieden sein möge, die Grundsätze der Menschlichkeit endlich wieder nach außen wie nach innen zur Geltung zu bringen. Das deutsche Volk stehe vor einem Abgrund, wenn die Vernunft nicht siege. Begrüßungsworte an den Kongreß richtete sodann namens des Reichs-Vollzugsausschusses der A.- und S.-Räte Deutschösterreichs der Genosse Hoffmann-Wien.

Die Konstituierung des Kongresses hatte folgendes Ergebnis: Vorsitzender Hauschild-Kassel, stellvertretender Vorsitzender Richard Müller (U. S. P.) und Schröder-München (Soldatenfraktion), dazu acht Schriftführer. Der Kongreß zählt 243 Mitglieder, davon Sozialdemokraten 138, Unabhängige 55, wozu noch die neun Ostersieger kommen, Soldatenfraktion 21, Demokraten 12, Bauernbund 3, Rechtsbürgerliche 3, Kommunisten 1, parteilos 1.

Nach Annahme einer provisorischen Geschäftsordnung wurde die Absendung eines Begrüßungstelegramms an das ungarische Proletariat beschlossen. Sodann wurde ein Antrag Dr. Rosenfeld (U. S.), die Mitglieder des Kongresses für immun zu erklären, einstimmig zum Beschluß erhoben, und ein zweiter Antrag Dr. Rosenfeld auf sofortige Entlassung Ledebours aus der Untersuchungshaft mit 109 gegen 82 Stimmen angenommen. Hierauf erhielt Leinert zum Bericht des Zentralrates das Wort, wobei er bei der Schilderung der Art, wie die Unabhängigen den geistigen Kampf gegen die heutige sozialdemokratische Regierung führen zu müssen glauben, stärksten und zeitweise tumultuarischen Widerspruch erweckte.

Es hat sich noch eine Landarbeiter-Rätefraktion gebildet, der die Bauernbündler, die Mitglieder der äußersten Rechten und einige Parteilose, zusammen 13 Delegierte, angehören.

Eingelaufen sind zahlreiche Begrüßungstelegramme von Arbeiter- und Soldatenräten, die fast durchweg die feste gesetzliche Verankerung des Rätesystems, unter anderm auch die Bildung eines Reichssoldatenrates fordern. Die deutschösterreichische Delegation läßt erklären, daß sie sich keiner reichsdeutschen Fraktion angeschlossen hat, doch komme die Anschauung der U. S. P. der ihrigen am nächsten. (Beifall bei den Unabhängigen Sozialisten.)

Zum Bericht des Zentralrates liegen etwa zehn Anträge vor, die mit erörtert werden, darunter der Antrag der U. S. P. zur Aufhebung des Belagerungszustandes in Groß-Berlin. Ein Antrag der Soldatenfraktion nimmt die sieben Hamburger Punkte (betreffend Kommandogewalt, Rang- und Gradabzeichen, Orden und Ehrenzeichen) wieder auf. Ein zweiter Antrag derselben Fraktion ist auf die Einsetzung eines Reichssoldatenrates gerichtet, der dem Reichswehrminister koordiniert sein soll. Ueber die geschäftliche Behandlung dieser Anträge sollen die Fraktionen sich noch verständigen. In der allgemeinen Erörterung kommt als erster der Unabhängige Richard Müller zum Wort, der dem Zentralrat und seiner Tätigkeit seit dem 20. Dezember ein Mißtrauensvotum in schärfster Form erteilt, weil er die sieben Hamburger Punkte gänzlich habe unter den Tisch fallen lassen und in der Frage der Sozialisierung völlig versagt habe. Deutschland habe jetzt politisch und wirtschaftlich die Anarchie und dafür trage der Zentralrat sein gut Teil der Schuld. In den ersten Märztagen, bei Ausbruch des Generalstreikes, seien die blutigen Straßenkämpfe nicht durch Spartakus, sondern durch ein Mißverständnis zwischen den Freiwilligen und der republikanischen Soldatenwehr herbeigeführt worden. Das sei eine historische Tatsache. Müller erklärte in seinem Referat weiter, die mehrheitssozialistischen Minister außer Landsberg, Hirsch und Südekum seien den Arbeiterräten in den Arm gefallen, und der Sozialdemokrat Schöpflin habe als Gouverneur von Berlin direkt öffentlich Streikbrecher geworben. Mit solchen Politikern könnten wirkliche Volksmänner keine Gemeinschaft haben. Das Vertrauen der Regierung sei nicht nur bei den Arbeitern, sondern auch bei den Beamten und Angestellten geschwunden.

In der Fortsetzung der allgemeinen Diskussion sprach der Mehrheitssozialist Kaliski.

Kaliski leitete seine Kritik mit der von beiden Seiten mit Widerspruch aufgenommenen Behauptung ein, daß die einzige treibende Kraft in der Revolution die Angst der beiden Richtungen der Sozialdemokratie gewesen sei. Ein Schimpf für das deutsche Volk sei es, deutschen Boden ohne Not preiszugeben, und ohne Not sei deutscher Boden preisgegeben worden. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Helfen könne nur eine Volkswehr auf dem Boden der allgemeinen Dienstpflicht und mit einem zuverlässigen Offizierkorps. Wenn man die Wirtschaft planmäßig durch sinnlose Streike ruiniere, dann trage man gerade dazu bei, das Volk dem Hungertod zu überantworten. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit.) Die allgemeine Demoralisation habe auch das Proletariat ergriffen.

Die Arbeiterräte in der Verfassung.

Das Kabinett hat die nachstehenden Abänderungsvorschläge zu Art 34 der Reichsverfassung angenommen: „Die Arbeiter sind dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Die beiderseitigen Organisationen und ihre tariflichen Vereinbarungen werden anerkannt. Die Arbeiter erhalten zur Wahrnehmung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Interessen durch Betriebs- und Wirtschaftsgebiete gegliederte gesetzliche Vertretungen in Betriebs- und Bezirksarbeiterräten und einen Reichsarbeiterrat. Die Bezirksarbeiterräte und der Reichsarbeiterrat treten zur Erfüllung gesamtwirtschaftlicher Aufgaben und zur Mitwirkung bei der Ausführung der Sozialisierungsgesetze mit den Vertretungen der Unternehmer zu Bezirkswirtschaftsräten und einem Reichswirtschaftsrat zusammen. Sozialpolitische und wirtschaftspolitische Gesetzentwürfe von grundlegender Bedeutung sollen von der Reichsregierung vor ihrer Einbringung beim Reichstag dem Reichswirtschaftsrat zur Begutachtung vorgelegt werden. Der Reichswirtschaftsrat hat das Recht, selbst solche Gesetze beim Reichstag zu beantragen, die ebenso wie Vorlagen der Reichsregierung oder des Reichsrates zu behandeln sind. Den Arbeiter- und Wirtschaftsräten können auf den ihnen überwiesenen Gebieten Kontroll- und Verwaltungsbefugnisse übertragen werden. Aufbau und Aufgaben der Arbeiter- und Wirtschaftsräte sowie ihr Verhältnis zu anderen sozialen Selbstverwaltungskörpern werden durch Reichsgesetz geregelt." Diesem Zusatzartikel soll eine ausführliche Begründung beigegeben werden.

Verzögerung des Friedens durch die Vorgänge in Bayern.

Genf, 8. April. „Homme libre" meldet: Die Vorgänge in Bayern verzögern den Friedensschluß mit Deutschland. Die Alliierten werden weder mit einer Räteregierung noch mit den Verbündeten der russischen Sowjets auch nur eine Stunde verhandeln.

Genf, 8. April. Pichon sprach am Montag früh im Kammerausschuß. Durch die bolschewistischen Vorgänge in Bayern sei es unmöglich, den Friedensschluß zustande zu bringen. Die Ereignisse in Bayern verlangten neue entscheidende Beratungen der Alliierten.

Die Bezahlung der Lebensmittellieferungen.

Amsterdam, 8. April. Einer Meldung des „Telegraaf" aus Paris zufolge hat Deutschland als Grund für die Unmöglichkeit, weitere Lebensmittelsendungen mit Geld zu bezahlen, u. a. den Umstand angegeben, daß es keinen Ausfuhrhandel treiben kann. Um die deutschen Mitteilungen zu prüfen, hatten die Alliierten für den 7. April eine Konferenz mit den wichtigsten neutralen Bankiers einberufen, die darüber berichten soll, wieviel Deutschland den Neutralen zahlen muß und warum die Banken sich weigern, länger Kredit zu geben.

Unruhen in Altona.

Berlin, 8. April. Nach dem „Lok.-Anzeiger" versuchte heute vormittag eine Menschenmenge in Altona durch Stürmung der Fischauktionshalle die dort vorhandenen Fische zu rauben. Erst einem größeren Aufgebot von Polizeibeamten und Sicherheitsmannschaften, die von der Waffe Gebrauch machten und Schreckschüsse abgaben, gelang es den Markt zu säubern.

Der Abtransport der polnischen Truppen.

Paris, 8. April. Paderewski und Pilsudski haben Clemenceau und Pichon Besuche abgestattet.

Der Abtransport der 50 000 Mann polnischer Truppen nach Polen beginnt am 15. April.

Zwangsmaßnahmen des Besatzungskommandanten

Saarbrücken, 8. April. Der oberste Verwalter des Saargebiets giebt bekannt, daß bei den Belegschaften der Saargruben eine Anzahl Verhaftungen vorgenommen wurden, da trotz der Aufforderung der Arbeitsleitung nur ein fünftel der Belegschaften die Arbeit wieder aufgenommen haben. Von den Verhafteten wurden 21 zu zwei bis fünf Jahren Gefängnis verurteilt, die übrigen in das rechtsrheinische Gebiet abgeschoben.

Essen, (Ruhr), 8. April. Das äußere Streikbild ist unverändert. Nachts war die Stadt völlig in Dunkelheit gehüllt. Der Gasdruck ist derartig gering, daß weder Laternen brennen noch Gas für Kochzwecke Verwendung finden kann. Die Aerzte und Krankenhäuser erklären, Operationen nicht mehr vornehmen zu können, da sie keine Möglichkeit haben, die Instrumente zu sterilisieren. Bei der Firma Krupp haben sich die Arbeitswilligen heute früh in sehr großer Zahl eingefunden, sie wurden aber durch Spartakisten, die an den Haupteingängen des Werkes Aufstellung genommen hatten, an der Aufnahme der Arbeit gehindert. Der Straßenbahnverkehr ruht in seiner ganzen Ausdehnung. Auch die Straßenbahnen in Gelsenkirchen und Mühlheim haben den Betrieb eingestellt. Heute vormittag sind Regierungstruppen in Essen eingerückt. Nach einer Mitteilung der Zentralstreikleitung waren heute 245 Schachtanlagen mit 395700 Mann ausständig.

Provinz und Nachbarstaaten.

Teuchern, den 9. April.

— Reicheinkommensteuer. Wie verlautet, besteht der Plan, eine Reichseinkommensteuer zu erheben, die gewissermaßen als Zuschlag seitens des Reiches zu der Einkommensteuer der Einzelstaaten und der Kommunen gedacht ist. Von dieser Reicheinkommensteuer sollen nur Einkommen von 40 000 Mk. an erfaßt werden. Bei Junggesellen beginnt die Steuergrenze bereits bei 30 000 Mk. Bei Verheirateten, die Kinder haben, ermäßigt sich das steuerpflichtige Einkommen für jedes Kind um 2000 Mk., so daß also beispielsweise ein Verheirateter mit einem Einkommen von 50 000 Mk. der fünf Kinder hat, die Reicheinkommensteuer nur für 40 000 zu zahlen hat. Die neue Steuer trägt demnach dem Bevölkerungsproblem und dem Prinzip der steuerlichen Leistungsfähigkeit Rechnung. Steuersätze sollen progressiv mit 5 v. H. beginnen und bei den sehr hohen Einkommen die oberste Grenze 30 v. H. erreichen.

— Dreijährige Wahlperiode für die Nationalversammlung. Der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung hat mit großer Mehrheit eine Wahlperiode von drei Jahren beschlossen, ferner einen Antrag Keil angenommen, daß vor Ablauf der Wahldauer Neuwahlen stattfinden müßten. Der Verfassungsausschuß nahm Artikel 45 des Entwurfes in folgender Fassung an: Der Reichstag versammelt sich in jedem Jahre am ersten Mittwoch des November am Sitze der Reichsregierung. Der Präsident des Reichstages muß ihn früher einberufen, wenn der Reichspräsident oder ein Drittel der Reichstagsmitglieder dies verlangen.

Religionsunterricht. In Hamburg ergab sich bei einer Umfrage unter der hamburgischen Lehrerschaft, ob der Religionsunterricht in den Schulen beizubehalten sei eine gewaltige Mehrheit für die Beibehaltung. Von 4220 stimmten nur 703 gegen, 3101 erklärten sich für Beibehaltung. — Auf Antrag von Hauptpastor Dr. Rode hat die Hamburger Bürgerschaft mit großer Mehrheit den Religionsunterricht in den Hamburger Schulen wieder eingeführt.

— Zuckermangel und Marmeladebelieferung. Der infolge von Transportschwierigkeiten aller Art, von Fabrikstreiks, Unruhen, Diebstählen und Plünderungen, nicht zuletzt auch infolge der Ereignisse in der Provinz Posen eingetretene Zuckermangel macht, wie die Blätter bereits gemeldet haben, die programmäßige Durchführung der Versorgung des deutschen Volkes mit Marmelade, trotz ausreichender Vorräte an Obstmark in den Marmeladefabriken, unmöglich. Wie uns die Reichsstelle für Gemüse und Obst mitteilt, wird jedoch nicht die Marmeladebelieferung gänzlich eingestellt. Vielmehr ist Vorsorge getroffen, daß die zur Verteilung gelangenden Rationen nur verkürzt werden, sodaß immerhin bestimmte Aussicht besteht, bis zum Monat Juli die Jahres-Marmelade, wenn auch in bescheidenen Mengen, zum Brotaufstrich an die Bevölkerung verteilen zu können.

— Ehrensold für Stadtverordnete. Aus Berlin wird gemeldet, daß Stadtverordnete und städtische Ehrenbeamte (unbesoldete Stadträte und dergl.) Geldentschädigungen erhalten sollen, und zwar die Stadtverordneten für jede Sitzung 9 Mk., die Ehrenbeamten bestimmte, nach den Lebensverhältnissen der Städte abgestufte Sätze.

— In den letzten Tagen sind hier wiederum eine Anzahl Haus- und Kellerdiebstähle vorgekommen. Die Einbrecher drangen meistens in den Dämmer- oder Nachtstunden ein. Vor allem war es auf Nahrungsmittel abgesehen. Es wurden gestohlen: Dem Bäckereibesitzer Ottomar Prötzsch 35 Brote, dem Maschinenmeister Wilhelm Krüger 8 Kaninchen, dem Lehrer Fischer aus dem Keller eingemachtes Fleisch, dem Polizei-Expedienten P. Schmidt aus dem verschlossenen Keller ein Zentner Kartoffeln, dem Telegraphenleitungsaufseher Becker ½ Zentner Kartoffeln, der Frau verw. Elise Erfurth aus ihrem Keller 14 Flaschen Himbeersaft. Am schlimmsten wurde Lehrer Eltze heimgesucht. Die Einbrecher nahmen ein ca. 50 Pfd. schweres Schwein, 3 Enten und alle großen Kaninchen mit. Die Tiere wurden an Ort und Stelle abgeschlachtet. In allen Fällen sind die Einbrecher sehr genau orientiert gewesen. Es kommen allem Anschein nach überall dieselben Täter in Frage.

Naumburg, 8. April. (Schwurgericht.) Die gegen den Maurer und Hausschlächter Franz Reinhardt in Lützen angesetzte Verhandlung wegen Meineides wurde vertagt. Der Angeklagte hatte wegen rückständiger Gerichtskosten den Offenbarungseid geleistet. Hierbei soll er eine ihm zugefallene Erbschaft und den Inhalt eines Sparkassenbuches verschwiegen, auch soll er Erträge aus Grundstücken nicht richtig angegeben haben. Der Angeklagte bariet sich heute auf nicht genügende Belehrung seitens des den Eid abnehmenden Richters. Vom Verteidiger wurde die Auffassung vertreten, daß der Richter nicht ausdrücklich nach dem Besitz der Grundstücke gefragt hat. Der Staatsanwalt hat deshalb Vertagung beantragt.

Magdeburg, 8. April. Der stellvertretende Polizeipräsident Vater, der Führer der Unabhängigen, ist unter dem dringenden Verdacht, an den gegenrevolutionären Vorgängen beteiligt zu sein, seiner Funktion enthoben worden. Der Wert der aus dem Speicher des städtischen Lebensmittelamtes am Hafen geraubten Waren beläuft sich auf weit über 700 000 Mark. Die Bevölkerung wird durch diesen Raub empfindlich betroffen, da diese Lebensmittelmengen zu einer erheblichen Verbesserung der Lebensmittelversorgung der Stadt bestimmt waren. Auch die Schuppen des amerikanischen Roten Kreuzes, in denen Lebensmittel für die Gefangenen lagerten, wurden ausgeplündert. Infolge dieser Exzesse hat der Exekutivausschuß den Belagerungszustand über Magdeburg verhängt, ehe von der Reichsregierung die entsprechende Weisung kam. Der überwiegende Teil der Garnison hat sich bei den Zwischenfällen als regierungstreu erwiesen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190410-16/fragment/page=0002

Magdeburg, 8. April. Die Nacht überfiel ein bewaffneter Haufe die städtischen Getreidespeicher am Hafengelände und plünderte sie teilweise aus. Es fanden stundenlange Schießereien statt. Ein Angriff auf den Justizpalast wurde durch Maschinengewehrfeuer abgeschlagen. Die Zahl der Opfer ist unbekannt. Eine geheime Abstimmung der Arbeiterschaft der größeren Betriebe ergab 75 vom Hundert gegen den Streik.

Generalstreik in Leipzig?

Leipzig, 8. April. Zuverlässigen Mitteilungen zufolge soll auch in Leipzig in den nächsten Tagen wieder ein Generalstreik inszeniert werden. Die Sozialdemokratische „Freie Presse" veröffentlicht einen Aufruf an die Leipziger Arbeiterschaft, in dem Arbeiter und Arbeiterinnen gewarnt werden ihre Haut abermals zu Markte zu tragen, und aufgefordert werden, gegen jedweden Terrorismus sich zu wehren.

Roda (S.-A.) 6. April. In einem Nachbarort ist es am Donnerstag zu einem Auftritt gekommen, der für die Beteiligten ein ernstes gerichtliches Nachspiel haben wird. Der von der Reichsgetreidestelle mit der Prüfung der Mühlen beauftragte Revisor wurde von einer Anzahl Landwirten unter Androhung von Gewalt gezwungen, seine Revision einzustellen.

Leipzig. Das Mustamt teilt mit: Den Teilnehmern der Frühjahrsmustermesse in Leipzig ist für die direkte Fahrt nach Leipzig und zurück auf den deutschen Eisenbahnen wiederum eine Fahrpreisermäßigung um die Hälfte gewährt worden. Bei den noch immer vorherrschenden Betriebsschwierigkeiten hat die Vergünstigung diesmal doch insofern eine Einschränkung erfahren, als sie auf den preußischen Staatsbahnen nur bewilligt wird bei einer Entfernung zwischen der Reiseantrittsstation und Leipzig von mehr als 200 Kilometern auf den sächsischen Staatsbahnen von mehr als 100 Kilometern.

Eisenach, 7. April. Der Vorstand der Landwirtschaftskammer Sachsen-Weimar besprach in seiner letzten Sitzung u. a. die Verordnung betreffend Beschaffung landwirtschaftlichen Siedlungsgeländes. Er begrüßte den der Verordnung zugrunde liegenden Gedanken, hielt wegen des wirtschaftlichen Zusammenbruches in Handel und Industrie zur Vermeidung übermäßiger Auswanderung die Förderung der Ansiedlung für dringend erwünscht und meinte, daß bei sachgemäßer Durchführung die Vorteile höher zu bewerten seien als die Nachteile.

Chemnitz, 5. April. Abgesandte der Militärpolizei des Arbeiterrats nahmen im hiesigen Gasthof „Meisterei" eine Haussuchung vor und beschlagnahmten große Mengen Lebensmittel, besonders viele Fleisch- und Wurstwaren, Butter, Rindstalg, Kartoffeln, Bohnenkaffee usw. Die beschlagnahmten Waren haben einen Wert von rund 40 000 Mark.

Gera, 5. April. Der gemeinsame Landtag für den Volksstaat Reuß beschloß eine Verankerung des Rätesystems, in der Weise daß ein Landesarbeiter-Rat in der Verfassung festgelegt wird. Die demokratische Partei gab ihre Zustimmung nur in der Erwartung, daß auch der zu wählende Bürgerrat in der Verfassung verankert wird.

Torgau, 6. April. Verschiedentlich sind zwei Schwindler aufgetreten, die „guten Leinenzwirn" für 10 bezw. 5 Mark die Rolle anbieten. Der Käufer sieht nachher, daß er Schwindlern in die Hände gefallen ist, denn die Rollen enthalten nur etwa drei Meter wirklichen Leinen-, im übrigen aber Papierzwirn. Zusammen mit beiden Schwindlern tritt gewöhnlich noch ein dritter als Anreizer zum Kaufe auf.

Schneeberg, 5. April. Die Stadtverordneten beschlossen, die Steuersätze der niederen Einkommen wie auch die der Kriegsbeschädigten nach ihrer Arbeitsfähigkeit zu ermäßigen, die Einkommen über 5000 Mk. entsprechend zu erhöhen, von Kriegsteilnehmern aus 1870/71 mit einem Einkommen bis 2000 Mk. aber keine Steuern mehr zu erheben.

Helmstedt, 5. April. Der Streik im Helmstedter Kohlenrevier ist beigelegt. Die Verhandlungen die gestern zwei Volkskommissare aus Braunschweig mit der Direktion der Braunschweiger Kohlenwerke pflogen, führten zu dem Ergebnis, daß den Arbeitern unter 18 Jahren eine Teuerungszulage von 1 M. täglich, den andern eine solche von 2,50 M. gewährt wird. Die Arbeiter nehmen Freitag die Arbeit wieder auf.

Streik im Oelsnitzer Kohlenrevier.

Leipzig, 8. April. Wie das „Leipz. Tagebl." aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, ist im Lugau-Oelsnitzer Kohlenrevier heute ein Streik ausgebrochen, an dem vorläufig drei Gruben beteiligt sind. Aller Wahrscheinlichkeit nach handelt es sich um einen Sympathiestreik für die ausständigen Bergleute des Ruhrreviers.

Nach einer Meldung desselben Blattes aus Zwickau veranstalteten heute vormittag die dortigen Metallarbeiter Demonstrationszüge durch die Stadt. Es wurden Tafeln mit Aufschriften „Gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel" und „Größere Zuweisung von Brot" den Zügen vorangetragen. Die Menge versammelte sich vor dem Rathause, um in Verhandlungen mit dem Polizeidirektor und dem Amtshauptmann einzutreten. Auf Vorschlag aus den zusammengeströmten Massen wurde beschlossen, eine Abordnung zur direkten Verhandlung an die Regierung nach Dresden zu schicken.

Oeffentl. Stadtverordneten Sitzung in Teuchern

am 7. April 1919.

Anwesend waren 24 Stadtverordnete. Von seiten des Magistrats der Bürgermeister Zimmermann. Als Schriftführer fungierte der Stadtsekretär Görlitz.

Der Lohn für den anzunehmenden Wegewärter wurde auf 72 Mk. pro Woche festgesetzt. Der Wegewärter soll als Desinfektor ausgebildet werden. Da die städtischen Plantagen in der Baumpflege im Rückstand sind, erklärte sich der Stadtverordnete Hebbrand bereit den anzunehmenden Wegewärter in der Obstbaumpflege zu unterweisen und die Arbeiten zu beaufsichtigen.

2. Auf Antrag der Finanzkommission wurde die Rechnung der Kämmereikasse für 1917 wie folgt festgestellt in Einnahme auf 182 475,91 Mark, in Ausgabe auf 166 041,54 Mark und auf einen Kassenbestand von 16 443,37 Mark dem Rechnungsleger wurde Entlastung erteilt.

3. Ueber die Wahl eines Beigeordneten entspann sich eine längere Debatte, weil die bürgerliche Partei dieses Amt mit dem Kaufmann Emil Zimmermann besetzt haben wollte, zumal in sämtlichen Kommissionen kein bürgerlicher Stadtverordneter gewählt worden war. Der Stadtverordnete Held empfiehlt dringend diese Wahl, während der Stadtverordnete Hinniger für die Wahl des Schleifers Louis Gebhardt eintrat. Schließlich wurde auch der Schleifer Louis Gebhardt mit 17 gegen 7 Stimmen, welche auf den Kaufmann Emil Zimmermann fielen, zum Beigeordneten gewählt. Ferner wurden noch zu Magistratsassessoren einstimmig gewählt: der Maurer Richard Kaack, Kaufmann Emil Zimmermann, der Rohschlächter Otto Hinniger.

4. Als Schiedsmann-Stellvertreter wurde an Stelle des Klempnermeisters Otto Werner der Kaufmann Paul Taubert gewählt.

5. Die Versammlung gab ihre Zustimmung zu dem Antrage der Werschen-Weißenfelser Braunkohlen Akt.-Ges. in Halle a. S. zur Eintragung des Rechtes der Benutzung des Zellschenbaches zur Einleitung der Grubenwässer ihres Braunkohlenbergwerkes Vollert bei Denben für sie in das Wasserbuch.

6. Die Reparaturarbeiten an den Torfställen des Ratskellerhofes sollen sofort ausgeführt werden. Die erforderlichen Kosten wurden bewilligt. Bei diesem Punkte der Tagesordnung erteilte die Stadtverordnetenversammlung auf Vorschlag des Bürgermeisters dem Magistrat Vollmacht, Ausgaben, die nicht etatmäßig sind, selbständig zu bewilligen, sofern der aufzuwendende Betrag die Summe von 200 Mk. nicht übersteigt.

7. In dem Schulhause 1 im Steinwege soll ein Lehrer-Konferenz-Zimmer durch Einsetzung eines Schiedes in ein Klassenzimmer hergerichtet werden. Bei diesen Arbeiten soll noch ein Schied in einem Parterre gelegenen Klassenzimmer angebracht werden, sofern der Magistrat und die Baukommission diesen Arbeiten zustimmt.

8. Die Kosten, die durch Annahme einer Vertretung für die erkrankte Gemeindeschwester entstehen, wurden übernommen.

9. Die Versammlung erkannte die Notwendigkeit des Anschlusses des Krankenhauses an das öffentliche Kernsprechnetz an und bewilligte die erforderlichen Kosten.

10. Es wurde bisher als ein großer Uebelstand empfunden, daß der Fußweg nach der Bahn nicht gepflastert war. Den Bemühungen des Bürgermeisters ist es gelungen daß der Kreis den Fußweg von dem Hasenohrschen Grundstück bis zur Bahn mit Mosaikfleinen gepflastert. Hieran anschließend soll nun seitens der Stadt die Pflasterung des Fußweges der Bahnhofstraße, von dem Kärmerschen Hause bis zur südöstlichen Ecke des Zimmermannschen Grundstückes, vorgenommen werden. Hierbei soll auch der Weg von der Bahn nach der Weinbergstr. mit reguliert werden. Die Versammlung gab hierzu ihre Zustimmung unter Bewilligung der erforderlichen Mittel.

11. Ferner wurde die Pflasterung des Fußweges Unterberge von dem Teuscherschen bis zu dem Angernschen Hause beschlossen.

Die graue Frau

Roman von A. Hottner-Greie.

„Nein", entgegnete Kurt mit Bestimmtheit, „das kann nicht der Fall gewesen sein. Denn dies ist nicht der Schlüssel, welchen Papa immer gebrauchte. Er hatte ihn an einem Eisenring und trug ihn stets bei sich. Wahrscheinlich wird man ihn auch jetzt bei ihm vorfinden. Dieser zweite Schlüssel wurde ebenfalls von Papa verwahrt, und zwar in einem Kästchen, das in dem großen Schränkchen in seinem Schlafzimmer stand. Er unterscheidet sich von dem andern Schlüssel nur durch das Fehlen des Ringes. Papa verlor vor Jahren einmal den ersten Schlüssel. Er mußte einen zweiten machen lassen, um in die Kasse zu können. Dann sollte das Schloß geändert werden. Doch wurde unterdessen der verlorene Schlüssel gefunden und die Änderung unterblieb. Papa schaffte später für die großen Werte die neue Kasse an, die in seinem Schlafzimmer neben dem Bette steht. Hier verwahrte er nur wichtige Dokumente und Mamas Schmuck, sowie eine bestimmte Summe Geldes, die er bei der Hand haben wollte. Ich weiß es, daß die hier aufgehobenen Gelder meist zehntausend Gulden nicht überstiegen. Aus alledem geht deutlich hervor, daß eine dritte Person den zweiten Schlüssel droben in Papas Schlafzimmer aus dem Kästchen nahm und damit hier die Kasse öffnete."

„Sie hatten keinen Schlüssel, Herr Linstedt?" fragte der Beamte.

„Nein."

„Wie erklären Sie sich das alles?"

„Ich kann es mir gar nicht erklären."

„Sie, als einziger Zeuge der Tat, werden sich aber doch an irgendetwas erinnern können, an einen Anhaltspunkt — an irgend ein Geräusch?"

„Ich erinnere mich an gar nichts."

Rede und Gegenrede waren rasch gefallen, daß die andern kaum recht folgen konnten. Nur die Blinde, welche die ganze Zeit wie horchend mit weit vorgeneigtem Oberkörper dagesessen, richtete sich jetzt plötzlich straff empor.

„Mein Sohn erzählte mir, Sie hätten heute mittag zwischen 2 und 3 Uhr eine kurze, sehr bewegte Unterhaltung mit ihm gehabt; wo fand diese statt?"

Sie fragte anscheinend vollkommen höflich, und dennoch wußten es in diesem Augenblicke alle, welche im Zimmer waren: diese starre, alte Frau haßte den Mann dort, haßte ihn mit allen ihren Kräften. Sie ahnte in ihm den Mörder ihres Sohnes und war mit der eisernen Zähigkeit des Greisenalters entschlossen, den Schuldigen zu vernichten, wenn es irgend möglich war.

Heinrich Linstedt mußte wohl auch an dem Ton der Worte die furchtbare Feindseligkeit der alten Frau gemerkt haben, denn er wich fast scheu vor der hohen, dunklen Gestalt zurück, die ihm langsam, wie ein großer Schatten, auf ihn zukam.

„Wo fand diese Unterredung statt? Was wurde besprochen?" fragte nun auch der Kommissar.

Unwillkürlich drängten alle heran. Und ganz von selbst ergab es sich, daß nun inmitten dieses Kreises erregter Menschen, die beiden sich gegenüberstanden, nicht wie zwei Menschen, die einander um etwas fragen, sondern wie Ankläger in und Schuldiger.

Gleichwohl hob Linstedt den Kopf hoch und frei empor.

„Die Unterredung fand gleichfalls in der Angelegenheit Dagoberts statt und endete mit einem heftigen Streite zwischen meinem Freunde Anselm und mir. Wir waren, da es noch nicht Geschäftszeit war, erst im Herrenzimmer im oberen Stockwerke. Dann gingen wir in das Schlafzimmer Anselms hinüber, da mein Freund mir die Aufschreibung Dagoberts, die Zusammenstellung seiner Schulden holen wollte. Er nahm den Bogen aus dem großen Mittelkasten. Dort steht auch das Kästchen, in dem der erste Schlüssel zur Kasse verwahrt wurde. Dittrich rief uns beide schnell herab ins Kontor, da jemand auf uns wartete. Wir gingen rasch hinunter."

„Der Kassenschlüssel wurde bei diesem Anlasse nicht aus dem Kästchen genommen?" fragte Dr. Wilmar.

„Nein. Ich wußte gar nicht, daß Anselm ihn gewöhnlich dort verwahrt hat, bis er es mir gestern, zufällig, bei Herausnahme der Papiere aus dem Mittelfache, selbst sagte."

Der Kommissar wiegte nachdenklich den Kopf.

„Und Sie gingen mit Herrn Gerhard zusammen hinunter?" fragte er dann noch.

Linstedt zögerte eine Sekunde.

„Wir gingen zusammen", sagte er langsam, als ob ihm die Worte Mühe machten. „Dittrich sah uns weggehen. Er sah auch, daß ich auf dem ersten Treppenabsatz nochmals umkehrte und allein zurückging. Ich hatte meine Zigarrenspitze liegen lassen."

Der Kommissar lächelte eigentümlich.

„Sie gaben also zu, eine Minute allein in dem Zimmer gewesen zu sein?"

Heinrich Linstedt atmete tief.

„Ich habe es Ihnen eben selbst erzählt."

„War der Kasten offen?"

„Das weiß ich nicht. Ich suchte nach meiner Spitze, nahm sie, und ging hinab."

„Der Schlüssel am Kasten steckt gewiß jetzt noch", sagte der alte Dittrich, ein wenig vortretend. „Denn als unser Herr mich später um etwas hinausschickte, sah ich ihn. Ich fragte Herrn Gerhard, ob er den Kassenschlüssel brauche. Aber er war so vertieft in seine Gedanken, daß er mich gar nicht hörte. Da sperrte ich das Schlafzimmer des Herrn einfach ab. Dies war eine Viertelstunde, nachdem Herr Linstedt drinnen war. Seither kann also niemand diesen Raum betreten haben, denn der Schlüssel ist noch hier in meiner Tasche."

„Ist nur eine Tür in diesem Zimmer?"

„Nein, Zwei. Die große Tür, welche, wie alle unsere Zimmereingänge, heraus auf den Vorraum führt, und die ich absperrte. Außerdem noch eine ganz kleine Tapetentür, welche in das Privatzimmer der gnädigen Frau führt. Diese ist aber nicht zu rechnen, denn sie ist stets verschlossen, und auf der einen Seite — im Gemach der gnädigen Frau — steht der offene Musikschrank vor. Hier kann niemand aus und ein."

„Schön, ich danke."

Mit diesen Worten schnitt Dr. Wilmar dem Alten das Wort ab. Einige Minuten lang herrschte tiefe Stille in dem Raum, nur das Geräusch der Federn, welche über das Papier flogen, und manchesmal ein qualvolles Aufstöhnen der alten Frau unterbrach die Lautlosigkeit. Aber es gibt ein Schweigen, welches deutlicher spricht als Worte.

Ganz allmählich war der Kreis um Heinrich Linstedt lichter geworden. Mit scheuen Mienen traten die anwesenden Bediensteten des Hauses Gerhard von ihm zurück. Da war überall noch Zweifel, bei manchem mehr ein zähes Erstaunen oder Erschrecken als Überraschung.

(Fortsetzung folgt.)

Eingesandt.

Schon öfter wurde auf den **„Volksbund z. Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen"** hingewiesen. Wohl kaum hat der Weltkrieg Traurigeres und Trostloseres gezeitigt als das gegenwärtige Los der in Feindesland festgehaltenen Kriegsgefangenen Deutschen. Ihre Not zu lindern und ihnen bei der Rückkehr in die Heimat zu helfen, sowie auch ihre baldmöglichste Freilassung zu erwirken, das sind die schweren und notwendigen Aufgaben obengenannten Bundes.

Ist es da nicht Ehrenpflicht jedes Einzelnen, der sich auch nur etwas in die leiblichen und seelischen Nöte unserer armen Brüder hineinzudenken kann, mitzuwirken an der Aufgabe der Pflicht? Ich rufe deshalb namens der Zweiggruppe für Halle und den gesamten Regierungsbezirk Merseburg zur Gründung einer Ortsgruppe des „Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen für Teuchern und Umgegend auf und verweise auf das heutige Inserat. Gerade in den letzten Wochen ist die Frage unserer Kriegs- und Zivilgefangenen zu einer brennenden geworden und es hat sich eine große Hilfsaktion gebildet, an der nicht nur Männer der neuen Regierung, sondern das gesamte deutsche Volk gleich regen Anteil nehmen. Ein „deutsches Hilfswerk" für die Kriegs- und Zivilgefangenen veranstaltet in den nächsten Wochen eine vom Staatskommissar für Wohlfahrtspflege genehmigte Sammlung, die sich über ganz Deutschland, ja bis in seine kleinsten Flecken, erstrecken soll. Es soll durch Sammlungen der verschiedensten Art, besonders aber durch Straßensammlungen dem Auslande gegenüber bewiesen werden, daß das deutsche Volk in allen Teilen an der Not seiner gefangenen Brüder tiefsten Anteil nimmt.

Es wird in der Zeit vom 3.—10. Mai in ganz Deutschland eine Opferwoche abgehalten und als Opfertage sind der 3. und 4. Mai festgelegt.

Ich gebe mich der sicheren Hoffnung hin, daß mich in der mir von der „Regierungsbezirksgruppe Merseburg für den Volksbund zum Schutze der Kriegs- und Zivilgefangenen" übertragenen Aufgabe zur Gründung der „Ortsgruppe für Teuchern und Umgegend" nicht nur die Angehörigen der Kriegsgefangenen und die zurückgekehrten Kriegskameraden, sondern die gesamte Bürgerschaft rege unterstützt.

Darum versäume es niemand, den die Leiden seiner deutschen Brüder aus eigener Erfahrung, aus den oft Bände redenden Zeitungsartikeln oder aus sonstweichen Quellen Teilnahme und Mitgefühl abzwingen, am Donnerstag, den 10. April abends 7½ Uhr im Saale des „Gasthofs zum Löwen" zu erscheinen! (Tagesordnung siehe Inserat!)

Im Auftrage des „Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen".

Zweiggruppe für Halle und den gesamten Reg.-Bez. Merseburg

Engbers, Lehrer.

Letzte Nachrichten.

Wilsons beschleunigte Rückkehr nach Amerika.

New York, 8. April. (Reuter) Die Abfahrt des Schiffes des Präsidenten „George Washington" nach Brest, die am 14. April erfolgen sollte, ist nunmehr auf den 11. Apr. festgelegt.

Amsterdam, 8. April. „Nieuwe van den Dag" meldet aus Paris: die amerikanischen Friedensdelegierten hätten erklärt, daß Wilson durch seine beschleunigte Rückkehr die Friedenskonferenz zwingen wollte, entweder sofort unter den bereits angenommenen Bedingungen Frieden zu schließen oder zu verleben, daß Amerika sich auf seine eigene Politik zurückzieht. (WTB)

Blutige Zusammenstöße in Magdeburg und Essen.

Magdeburg, 9. April. Letzte Nacht ist es hier zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Eine große Menschenmenge versuchte das Gebäude der „Volksstimme" zu stürmen. Es entspann sich ein heftiges Feuergefecht, in dessen Verlauf jedoch die Flucht ergriffen mußte. Es gab einen Toten und mehrere Verwundete. Auch vor der Hauptpost kam es zu Schießereien. Heute morgen sind die ersten Regierungstruppen eingetroffen. (W. B.)

Berlin, 8 April. Das Korps „Lichtschlag" ist heute in Essen eingerückt. Es hat 2 Tote und 1 Verwundeten gegeben. Ein Mitglied der Neuerkommission ist verhaftet.

Essen, 8. April. Wie der Bergbauverein berichtet haben auf den vom Streik betroffenen Zechen 42 829 Mann gearbeitet; außerdem arbeiteten auf Zechen, die überhaupt nicht vom Ausstand betroffen sind, 15 177 Mann. (W.T.B.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190410-16/fragment/page=0003

Das Vaterland ruft!

Zur Aufstellung von Freiwilligen-Verbänden können sich alle felddienstfähigen, moralisch einwandfreien Männer als

Freiwillige

melden. In Betracht kommen militärisch Ausgebildete des Jahrgangs 1900 und ältere, sowie unausgebildete des Jahrgangs 99 und älter.

Im Korpsbereich werden Freiwilligen-Verbände mit Vertrauensleuten bei

jedem Truppenteil

aufgestellt. Alle Waffengattungen (Infanterie, M.-G.-Schützen, Kavallerie, Artillerie, Pioniere, Minenwerfer, Nachrichtentruppen, Flieger, Kraftfahrer, Eisenbahner, Sanitäts-Personal und Train) werden benötigt.

Wünsche auf Einstellung bei einem bestimmten Truppenteil mit Kameraden und Freunden zusammen werden möglichst berücksichtigt.

Die Freiwilligen-Verbände sollen den Stamm für die zu gründende

Reichswehr

bilden und die Ueberlieferung der alten, ruhmreichen Regimenter usw. fortpflanzen. Wer also treu an seinem alten Truppenteil hängt, mit dem er gekämpft und in dessen Reihen er für das Vaterland geblutet hat, der melde sich in **erster** Linie.

Vorläufig gelten dieselben Bedingungen wie bei den übrigen Freiwilligen-Verbänden, später die Bestimmungen für die Reichswehr.

Alle Truppenteile, Garnison- oder Bezirkskommandos geben weitere Auskunft.

Militärpapiere sind mitzubringen.

Der kommandierende General d. IV. A. K.
v. Kleist.

Der Zentralsoldatenrat des IV. A. K.
Bock.

Verkürzung der Frist für Fleisch-Selbstversorger.

Nach einer Verordnung des Herrn Staatssekretärs des Reichsernährungsamtes vom 24. Januar d. Js. ist bestimmt worden, daß die Wochenkopfmenge Schlachtviehfleisch für den Selbstversorger auf 500 g an Stelle von 400 g mit Wirkung vom 3. Febr. d. Js. erhöht wird. Durch diese Neuregelung verkürzt sich die festgesetzte Selbstversorgerzeit nach dem 3. Febr. d. Js. entsprechend der erhöhten Wochenkopfmenge, um 1/5 der Wochen. Von einer Benachrichtigung eines jeden einzelnen Selbstversorgers muß ich mit Rücksicht auf die gewaltige Schreibarbeit, die damit verbunden ist, absehen. Ich werde jedoch in nächster Zeit den Ortsbehörden Listen übersenden, aus denen hervorgeht, wie lange jeder Selbstversorger unter Berücksichtigung der Wochenkopfmenge von 500 g noch zu reichen hat. Diese Liste kann im Zweifelfalle von jedem Selbstversorger bei dem zuständigen Magistrat, Gemeinde- oder Gutsvorsteher eingesehen werden.

Weißenfels, den 5. April 1919.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses
Bartels, Landrat.

Betrifft: Carbidverteilung.

Nach einer Mitteilung der Carbid-Verteilungsstelle in Berlin hat das Reichswirtschaftsministerium bestimmt, daß vom 1. April d. Js. an die Kommunalverbände in Bezug auf die Carbidverteilung für Kleinbeleuchtung auszuschalten sind. Die Verteilung hat wieder durch die Kleinhändler zu erfolgen.

Die dem Kreise zugewiesenen noch vorhandenen Carbidmengen werden deshalb von jetzt ab ohne Leuchtmittelkarte abgegeben. Wer Carbid benötigt, kann dieses bei den bekannten Carbidverkaufsstellen abholen.

Weißenfels, den 4. April 1919.

Der Landrat, Bartels.

Lebensmittelmarken.

Am **Freitag, den 11. d. Mts.** nachmittags von 3—4 Uhr werden in den Bezirksstellen die **Brotmarken** für die Zeit vom 14. bis 27. April 1919 ausgegeben.

Ferner wird an Kinder im Alter bis zu 6 Jahren ein Päckchen Kindermehl zum Preise von 40 Pfg. abgegeben.

Teuchern, den 9. April 1919.

Der Magistrat. Zimmermann.

Wir haben den hiesigen Gewerbetreibenden zum markenfreien Verkauf Gemüse-Konserven überwiesen.

Der Verkaufspreis beträgt:

a) für die Pfunddose Spargel		2,95 Mk.
b) „ „ „	dünnen Brechspargel	2,10 „
c) „ „ „	junge Schnittbohnen	2,05 „
d) „ „ 1/2-Pfund-Dose	Brechbohnen	1,10 „

Teuchern, den 9. April 1919.

Der Magistrat. Zimmermann.

Aufruf.

Donnerstag, den 10. April abends 7½ Uhr findet im Saale des **„Gasthof zum Löwen"** in **Teuchern** eine

öffentliche Versammlung

zur Gründung einer **„Ortsgruppe des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen für Teuchern und Umgegend"** statt.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Tätigkeit des Volksbundes.
2. Gründung der Ortsgruppe.
3. Wahl des Ortsgruppen-Vorstandes.
4. Bericht über: „Deutsches Hilfswerk für die Kriegs- und Zivilgefangenen", und Vorbesprechung der vom Staatskommissar für das gesamte deutsche Reich angeordneten Opferwoche vom 3. bis 10. Mai.
5. Verschiedenes.

Zahlreiches und pünktliches Erscheinen aller Kreise wird im Interresse unserer immer noch kriegsgefangenen Brüder als Ehrenpflicht erachtet! Die Damen, die sich in der Opferwoche in den Dienst der Nächstenliebe stellen wollen, werden besonders freundlichst eingeladen.

Im Auftrage des Volksbundes zum Schutze der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen.
Engbers, Lehrer.

Das neue
Teilnehmer-Verzeichnis
des
Fernsprechnetzes Teuchern
ist in hiesiger Buchdruckerei zu haben.
Stück 35 Pfennige

Morgen Donnerstag trifft ein
Klavierstimmer
der Pianofortefabrik Fahr, Zeitz hier ein.
Anmeldungen werden in der Exp. des Blattes angenommen.

Ein Paar neue
Langstiefeln
Größe 30, sind zu verkaufen
Bergmann
Verbindungsstr. 6.

Verzinktes
Drahtgeflecht
eingetroffen
Gustav Prötzsch.

1 Paar neue
Herrenschuhe
Größe 42 preiswert zu verkaufen.
Gröben Nr. 8

: : Farben : :
für Maurer und Maler, **Schlemmkreide,** streichfertige **Fussbodenlackfarben, Firniss-Ersatz, Terpentinöl-Ersatz, Siccativ** (Friedensware,) **Wandmuster, Pinsel** usw.
empfiehlt in nur guten Qualitäten
Gustav Prötzsch.

Schlanstedter Sommerweizen
I. Absaat
offeriert gegen Saatkarte
Paul Friedrich,
Fernsprecher 13. Teuchern.

Gasthof zum grünen Baum
Teuchern
Sonntag, den 13. April cr.
Kassenöffnung 6 Uhr. Anfang 7 Uhr.
— Thüringer Quartett —
früher Gesellschaft „Concordia".
Erstklassige Damen- u. Herren-Gesellschaft
3 Damen Direktion O. Hartmann 9 Herren.
Neueste Schlager
Ein grossartig vollständig neues Programm.
U. a. Humoresken. Duette, Duoscenen.
Um recht rahlreichen Besuch bittet
Die Direktion.

Curths Mahler-, Marlittbücher
Kameraden-Bibliothek
Band 2 Mark, antiquarisch, zu verkaufen bei
O. Lieferenz.

Für die anlässlich unserer
Vermählung
in so reichen Masse bewiesene Aufmerksamkeit sagen wir hiermit herzlichen Dank.

Wilhelm Wiebach
und Lidya geb. Senf.

Dank.

Für die vielen Beweise herzlicher Liebe und Teilnahme beim Begräbnis unseres lieben Entschlafenen

Franz Busch

sagen wie allen für die schönen Blumenspenden herzlichsten Dank.

Teuchern, Schortau, den 8. April 1919.

Die trauernde Gattin nebst Kindern.

Für die uns zu unserer
VERMAEHLUNG
zuteil gnwordenen Glückwünsche und Geschenke sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Obernessa, 6. April 1919.

Arno Rothe und Frau
Selma geb. Börner.

Wohnung
Stube, Kammer und Zubehör zu vermieten und 1. Juli zu beziehen.
Naumburgerstr. 8.

Anständiges ehrliches
Mädchen
wird für sofort gesucht.
Frau **Elsa Reich,**
Markt 9.

Für sofort oder 15. April wird
Mädchen
für Laden und Kontor gesucht. Näheres in der Geschäftsst. ds. Bl.

Mädchen
für Haus und Geschäft
14—16 Jahre, fleißig und sauber sofort gesucht. Gute Behandlung und gute Kost. Zu melden
Leipzig-Lindenau Gutsmuthsstr.
Fischhalle Kühn.

Tüchtiges Alleinmädchen
sucht
Frau Assessor **Schnell,**
Naumburg a. S., Charlottenstr. 6.

Zu sofort gesucht
1 Stubenmädchen
nach Weimar
2 Hausmädchen
aus Land zusammen nach der Lausitz, eine einfache **Stütze** zum 15. April sowie zum 1. Mai **mehrere Hausmädchen.**
Gustav Scholz,
gewerbsmäßiger Stellenvermittler.
Naumburg a. S.
Bahnhofstr. 5. Fernruf 245.

Eine ältere
kinderlose Frau
wird in kleine Wirtschaft gesucht. Spätere Heirat nicht ausgeschossen.
Bennerewitz
Gröben 48

Vier junge lebenslustige Herren, welche hier fremd sind, Nichttänzer, wünschen Bekanntschaft mit gleichgesinnten Damen zu machen. Offerten unter **1024** an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

4 Wochen alte
Ziegen und Böckchen
verkauft
Frau **M. Erfurt**

Zurückgekehrt vom Grabe unserer so schnell dahingeschiedenen kleinen

Erna

sagen wir allen Freunden und Bekannten für die Blumen und Geldspenden herzlichsten Dank, besonders Herrn Pfarrer Leitzmann für die trostreichen Worte am Grabe, sowie Herrn Lehrer Keck und Lehrerin Frl. Mertin desgleichen der lieben Schuljugend für den Gesang am Grabe.

Teuchern, den 9. April 1919.

Die trauernde Witwe
Ida Weise
nebst Kindern u. Verwandten

Schriftleitung, Druck und Verlag von Otto Lieferenz, Teuchern.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190410-16/fragment/page=0004

Wöchentlicher Anzeiger

für Teuchern und Umgegend

Anzeigenpreis: Die fünfgespaltene Korpuszeile 20, Reklamezeile 30 Pf.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitzerstraße 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und komplizierte Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.

Vierteljährlicher Bezugspreis: durch unsere Geschäftsstelle 1,60 Mk. von unseren Boten ins Haus gebracht 1,75 Mk und durch den Briefträger 1,74 Mk.

Vierteljährlich und monatliche Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Zeitzerstraße 10, auch von unseren Boten und allen Kaiserl. Postanstalten angenommen.

Amtliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

№ 43. | Donnerstag, den 10 April 1919 | 58. Jahrgang.

Ein Putsch in Magdeburg.

Gefangennahme und Befreiung des Ministers Landsberg.

Ein ganz ungeheuerlicher Gewaltakt ist am Montag früh in Magdeburg verübt worden, welcher wie andere Sturmzeichen beweist, daß die in Bolschewismus ausmündende radikale Bewegung in Deutschland nicht nur an Breite, sondern auch an Aktivität zunimmt. Aus Rache wegen der Verhaftung des Unabhängigen Brandes und der beiden Vertreter des Proletariats Kegel und Feilkel bemächtigten sich die Unabhängigen und Spartakisten durch Angehörige des Wachregiments des in Magdeburg weilenden Reichsjustizministers Landsberg und des Kommandierenden Generals des 4. Armeekorps v. Kleist, des Adjutanten Hauptmann Frhr. v. Schütting und mehrerer anderer Offiziere, hielten sie als Geiseln gefangen und brachten sie nach der Festung Ravensberg. Minister Landsberg sollte dann nach Braunschweig gebracht werden. Das Auto, in dem er sich unter Bedeckung mehrerer Aufständischer auf der Fahrt nach Braunschweig befand, wurde in Helmstedt durch die Aufmerksamkeit und Entschlossenheit der Polizei angehalten. Die Aufständischen wurden entwaffnet.

Dienstag früh gegen 1/4 4 Uhr ist der Minister in Berlin eingetroffen, von wo er sich mit den übrigen Regierungsmitgliedern nach Weimar begab. Der Minister, der aus Magdeburg stammt und dort als Rechtsanwalt ansässig ist, war von Berlin nach Magdeburg gekommen, um zwischen den Unabhängigen und den Behörden wegen der Verhaftung des Unabhängigenführers Brandes zu vermitteln.

Auch General v. Kleist ist wieder freigelassen worden. Auf die Nachricht von der Verhaftung des Ministers und des Generals hatte Reichswehrminister Noske an den Arbeiter- und Soldatenrat in Magdeburg ein Telegramm gerichtet, in dem er mit stärkstem Nachdruck vor den Folgen des Vorgehens warnte und die unverzügliche Freilassung der Gefangenen forderte. Inzwischen war Minister Landsberg auf dem Wege nach Braunschweig. Das Telegramm Noskes scheint den gewünschten Eindruck gemacht zu haben, denn nach längerer Beratung wurde General v. Kleist am Montag nachmittag in Freiheit gesetzt.

Die Reichsregierung

hat sich Montag abend in einer längeren Sitzung mit dem Magdeburger Putsch beschäftigt. Sie weiß, wie von zuständiger Stelle erklärt wird, daß sie völlig im Sinne Landsbergs handelt, wenn sie auf diese Erpressung nicht eingeht. Sie wird für diese unerhörte Freiheitsberaubung eines Kabinettsmitgliedes und Verletzung der Immunität eines Mitglieds der Nationalversammlung aufs energischste Rechenschaft fordern und hat bereits Schritte eingeleitet, um den unhaltbaren Zuständen in Magdeburg ein Ende zu machen. Der Vorfall zeigt, daß der Reichswehrminister Noske nur zu recht hatte, als er am Sonnabend auf diese in Magdeburg geplante Militärrevolte hinwies. Ueber Magdeburg ist der **Belagerungszustand verhängt** und eine ausreichende Truppenmasse ist in Bewegung gesetzt worden.

Magdeburg rüstet.

In der auf dem Werder gelegenen Zitadelle wurden Montag abend bis spät in die Nacht hinein mehrere Stunden lang fast durchweg neue Gewehre und Munition an Arbeiter und gewesene Soldaten wahllos verteilt. Dabei wurde von den Verteilern, Soldaten der Zitadellewache, bemerkt, daß weitere Munitionsverteilung Dienstag vormittag auf dem Domplatz vor sich gehen sollte. Es ist nicht unmöglich, daß es zwischen den Aufständischen und den erwarteten Regierungstruppen, falls diese anrücken, zu Zusammenstößen kommt. Ein sehr großer Teil der aktiven Soldaten ist zu den Aufständischen übergegangen.

Es gewinnt fast den Anschein, als ob die Verhaftung des Brandes und seiner Freunde lediglich das erwünschte Signal gewesen ist zu einem Vorstoß, den die Unabhängigen gegen die herrschende Regierung zu unternehmen versuchen. Jedenfalls ist bei aller Unklarheit der Lage die Absicht unverkennbar, durch Störung der öffentlichen Einrichtungen für diese Ziele zu wirken. Die Unabhängigen haben mit Erfolg versucht, den Straßenbahnverkehr vorübergehend lahm zu legen, ohne daß sich Polizei oder militärische Sicherheitsmannschaften ins Mittel setzten. Die Erregung in der Stadt ist groß, und es ist nicht ausgeschlossen, daß sich Unruhen ereignen. Die Regierungstruppen näherten sich am Dienstag der Stadt.

Eine Vertrauensmänner-Versammlung der Streikenden in Magdeburg hat am Dienstag die Proklamierung des Generalstreiks beschlossen wegen der noch nicht erfolgten Freilassung der verhafteten drei Parteifunktionäre.

Die Spaltung in Bayern.

Aus der Räterepublik.

Die Lage in München ist verwickelter und gefahrdrohender denn je. Die Proklamation der Räterepublik hat durchaus keine einfachen und klaren Tatsachen geschaffen. Die Einigung des Proletariats, auf die allein eine Diktatur sich stützen kann, ist ganz und gar nicht vorhanden. Der Landtag wird sofort nach Nürnberg einberufen. So lautet wenigstens eine Montag nachmittag im Zentralrat eingelaufene Nachricht.

Wie schlimm es mit der Einigung des Proletariats steht, geht aus der Haltung aller sozialistischen Parteien hervor. Die Kommunisten werden sich mit den hämischsten Glossen gegen diese „Schein-Räterepublik“. Freilich machen bei der Räterepublik auch einige Kommunisten mit. Die Unabhängigen sind gespalten. Im Grunde ist nur die Münchener Gruppe, wie der Nürnberger Parteitag der Unabhängigen bewiesen hat, für die Räterepublik. Die mehrheitssozialistische Partei aber ist in Bayern völlig in Stücke gegangen. Südbayern mit München erklären sich, ohne die alten Führer, für die Räterepublik, ein großer Teil von Nordbayern mit Nürnberg aufs heftigste dagegen. Dort in Nürnberg sitzen nun die alten Führer der Mehrheitspartei zusammen und beraten, was zu tun sei. Diese Räterepublik ist vorläufig also ein [illegible]

[illegible] Die Unabhängigen und Kommunisten befinden sich in Nürnberg in erheblicher Minderzahl, rechnen aber im Falle eines Umschwungs mit dem Uebertritt der Garnison, vor allem der Matrosen, die in der benachbarten Stadt ein umfangreiches Munitionsdepot in Händen haben. Durch Plakatanschlag wurde Dienstag früh die Verhängung des Kriegszustandes bekannt gegeben. Umzüge und Kundgebungen sind verboten. Zwischen 11 und 5 Uhr ist das Betreten der Straße untersagt.

In der am Montag stattgefundenen Sitzung des Vollzugsausschusses der Bauernräte Mittelfrankens wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Bauernräte Mittelfrankens unterstützen das Ministerium Hoffmann mit allen zu Gebote stehenden Mitteln und lehnen die Räterepublik nach wie vor entschieden ab.“

Die bayerische Regierung in Bamberg.

Einer Kundgebung der Regierung des Freistaates Bayern an die bayerische Beamtenschaft zufolge hat Ministerpräsident Hoffmann den Sitz der Regierung nach Bamberg verlegt. Diese Regierung ist die einzige Inhaberin der höchsten Gewalt Bayerns. Alle von anderer Seite ergehenden Anweisungen sind ungültig.

Das Reich gegen München.

Amtlich wird aus Berlin gemeldet:

„Nachdem in München die Räterepublik ausgerufen ist, die bisherige Regierung München verlassen hat und der Landtag wider Recht und Gesetz aufgelöst worden ist, ist das Verhältnis Bayerns zum Reich in ein neues Stadium getreten. Entsprechend der vorläufigen Verfassung dürfen im Staatenausschuß nur Regierungen vertreten sein, die aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen sind und die das Vertrauen ihrer Volksvertretungen genießen. Beide Voraussetzungen treffen auf die Räteregierung München nicht zu. Sie kann also dem Staatenausschuß nicht angehören. Die Reichsregierung nimmt Kenntnis von der Erklärung des bayerischen Ministerpräsidenten Hoffmann, wonach die bisherige Regierung nicht zurückgetreten ist, sondern nur ihren Sitz von München weg verlegt hat. Sie betrachtet diese Regierung nach wie vor als den Ausdruck des Mehrheitswillens des bayerischen Volkes und ist mit ihr der Ansicht, daß sie die einzige Inhaberin der Höchstgewalt in Bayern und allein berechtigt ist, rechtswirksame Anordnungen zu erlassen und Befehle zu erteilen. Der weitere Verbleib ihres Vertreters im Staatenausschuß wird daher von der Seite der Reichsregierung als zu Recht bestehend anerkannt.“

Die Streikbewegung.

Streikhetze in Berlin.

Wie aus gewerkschaftlichen Kreisen mitgeteilt wird, haben die linksstehenden Unabhängigen und die Spartakisten an den letzten drei Tagen ungeheure Anstrengungen gemacht, unter der Berliner Arbeiterschaft Stimmung für den Generalstreik zu machen, der Dienstag oder Mitte dieser Woche in Berlin einsetzen soll. Die Arbeiter, von denen man annimmt, daß sie für den Generalstreik empfänglich seien, sind besonders am Sonntag durch Hausagitation tüchtig bearbeitet worden. Aber gerade diese Anstrengungen sprächen nach Ansicht der „Berl. Pol. Nachr.“ dafür, daß für einen neuen Streik keine Stimmung vorhanden wäre.

Warnung vor dem Eisenbahnbeamtenstreik.

Die preußische Staatsregierung erläßt folgende Warnung:

„Es sind zurzeit unter den Eisenbahnbeamten Bestrebungen im Gange, zur Durchsetzung einseitiger Gehaltsforderungen gegebenenfalls auch in einen Streik einzutreten. Die Staatsregierung stimmt mit großen Beamtenverbänden in der Auffassung überein, daß der festen Anstellung der Beamten und der staatlichen Garantie ihrer besonderen Rechte ihre

Gebundenheit an den Dienstvertrag,

den sie einseitig nicht lösen können, entspricht. Auch das Koalitionsrecht rechtfertigt keinen Kontraktbruch. Jede nicht genehmigte Dienstverweigerung stellt sich daher als Dienstvergehen dar, das die gesetzlichen Folgen nach sich zieht.

Die Regierung würde der Volksgesamtheit gegenüber gewissenlos handeln, wenn sie den Beamten die Befugnis einräumen wollte, Staatsbetriebe wie die Eisenbahn stillzulegen und dadurch der Volksgesamtheit, deren Interesse der Beamte dienen soll, unendlichen Schaden zuzufügen.

Die Regierung müßte solchen Streik zu einer Zeit, in der das Vaterland noch fortgesetzt durch äußere Gefahren und durch den Mangel an Nahrungsmitteln und Rohstoffen schwer bedroht ist, geradezu als ein

Verbrechen am ganzen Volke

betrachten. Hungersnot und Stillstand der gesamten Wirtschaft würden die unausbleiblichen Folgen des Versagens der Verkehrsmittel sein und die Beamten würden dadurch — neben der Gefährdung ihrer Lebensstellung — für sich selbst, für ihre Frauen und Kinder und für alle Volksgenossen namenloses Elend heraufbeschwören. Die Regierung weiß, daß weitaus die Mehrzahl aller Beamten ihre Ansicht teilt. Diese können sich darauf verlassen, daß die Regierung auch alle ihr zu Gebote stehenden Machtmittel anwenden wird, um Dienstwillige vor dem Terror einzelner zu schützen.“

Vor dem Bankbeamten-Generalstreik.

In Berlin sind Dienstag früh die Beamten der Bank für Handel und Industrie in den Ausstand getreten. Das Bankgebäude am Schinkelplatz liegt verlassen da. Die Direktion mit einem arbeitswilligen Beamtenstab von über 100 Personen hat in den Räumen der Diskonto-Gesellschaft, Unter den Linden, Unterkunft gefunden. Irgendwelche Verhandlungen zwischen der Direktion und der ausständigen Beamtenschaft finden noch nicht statt. Dagegen haben sich die Angestellten der Darmstädter Bank Dienstag vormittag im Lehrer-Vereinshaus versammelt, um sich über den Stand des Streiks unterrichten zu lassen. Aus dem Streik bei der Darmstädter Bank hat sich die Gefahr eines Generalstreiks aller Berliner Bankbeamten entwickelt. Der Allgemeine Verband der deutschen Bankbeamten hat durch seine Vertrauensleute in den Betriebsversammlungen, die Dienstag vormittag bei den verschiedenen Banken stattfanden, den Generalstreik der Bankbeamten infolge der Solidaritätserklärung der Ruhrbergleute empfehlen lassen.

Der Streik im Ruhrrevier.

Die Zahl der streikenden Ruhrbergleute hat auch am Montag noch zugenommen. Es fehlten bei der Morgenschicht 156 645 gegen 144 883 Bergleute am Sonnabend. Am Sonnabend betrug in allen drei Schichten zusammen die Zahl der Ausständigen 267 301 gegen 200 274 am Freitag.

Die Essener Zentralstreikleitung hat die Zeitungen von Essen und Umgegend aufgefordert, keine anderen als die von der Streikleitung direkt oder von ihr durch

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-60735267119190410-16/fragment/page=0005